

Die Vorsitzende bat Ltd. KVD Allroggen im Hinblick auf die neueren Entwicklungen im Bereich Case-Management um einleitende Ausführungen. Hierzu wies Ltd. KVD Allroggen auf Pläne im Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (im folgenden PflegeVG-WEG genannt) hin, wonach Pflegestützpunkte geschaffen werden sollen, die in Trägerschaft der Pflege- bzw. Krankenkassen stehen sollten. Hierdurch würden Doppelstrukturen geschaffen, da die kommunale Seite diese Strukturen zumindest im Ansatz bereits geschaffen habe.

Daher spreche sich der Deutsche Landkreistag auf Bundesebene gegen diese Entwicklung aus.

Mit einem Pflegestützpunkt pro 20.000 Einwohner lägen die Planungen des PflegeVG-WEG, finanziell und personell weit über dem, was die Verwaltung in ihrem vorliegenden Konzept skizziert habe. Außerdem mache das Konstrukt der Pflegestützpunkte auch deswegen keinen Sinn, weil der überwiegende Teil der Hilfen und Unterstützung, die vor einer stationären Heimaufnahme geleistet würden, Aufgaben der Daseinsfürsorge und damit originäre Aufgabe der Städte und Gemeinden und des Rhein-Sieg-Kreises seien. Auch dies spreche aus Sicht der Verwaltung dafür, auf höherer Ebene deutlich zu machen, dass die Pläne nicht sinnvoll seien. Insoweit appellierte Ltd. KVD Allroggen an alle Fraktionen, innerhalb ihrer Parteien deutlich zu machen, dass die Tendenz des PflegeVG-WEG den Interessen der Kommunen zuwider laufe. Er gab zu Bedenken, dass das vorgelegte Konzept von der Entwicklung unmittelbar betroffen werde, denn es mache keinen Sinn in Strukturen zu investieren, die evt. durch die Gesetzesänderung konterkariert würden.

Abg. Herbrecht dankte der Verwaltung für das vorgelegte Konzept und erklärte, dass seine Fraktion die bürgernahe Verortung der Aufgabe in den Kommunen unterstütze. Es wies auf das große Potenzial hin, dass das Ehrenamt in diesem Handlungsfeld biete und stellte heraus, dass ehrenamtlich Tätige auf kommunaler Seite viel besser erreicht werden könnten, als durch Kranken- oder Pflegekassen. Seine Fraktion bitte darum, weiter über die Entwicklung in diesem Prozess unterrichtet zu werden.

Abg. Eichner erklärte, dass auch seine Fraktion die Überlegungen der Verwaltung unterstütze. Es sei zu würdigen, dass der Ansatz sowohl den Menschen in den Fokus stelle als auch den Grundsatz ambulant vor stationär forcieren und damit auch die finanziellen Aspekte berücksichtige. Auf seine Nachfrage hin erläuterte Ltd. KVD Allroggen, die mit der Erstellung des Konzeptes beauftragten Mitarbeiter im Fachamt zunächst weitere Umsetzungsschritte planen und ggf. durchführen würden. Allerdings müsse eine erforderliche personelle Verstärkung Bestandteil der Stellenplanung für 2008 sein.

Abg. Küpper wies auf die Bedeutung von Prävention zur Vermeidung oder Hinauszögerung des Eintritts von Pflegebedürftigkeit und regte an, man möge im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch hierauf einen Schwerpunkt legen.

SkE Klippel stellte heraus, dass die Einrichtung von Pflegestützpunkten eine ganz neue, allerdings teure, Philosophie bedeute. Von den 2 Mrd. an prognostizierten Mehreinnahmen der Pflegeversicherung würde nämlich rd. 1 Mrd. in die Einrichtung dieser Pflegestützpunkte fließen. Er gebe zu bedenken, dass diese Mittel bei der Verbesserung der Qualität in der Pflege fehlten.

Das Konzept sei grundsätzlich gut, nun sei es erforderlich, Kooperationspartner von der Zielrichtung zu überzeugen. Es sei in seinen Augen sehr wichtig im Konzept zu bedenken, dass die Beratung von Amts wegen erfolge, was gegenüber einer freiwilligen Inanspruchnahme von Beratung einen großen Unterschied ausmache. Außerdem sei es wichtig, sich im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Heimaufnahme, zu der der Medizinische Dienst der Pflegekassen bei Personen der Pflegestufe 0 nach Intention der Landkreistages keine Aussage mehr machen solle, klarzumachen, dass der MDK nicht nur Aussagen über den Umfang der Pflegebedürftigkeit gemacht habe, sondern auch andere Gründe benannt habe, die einen Verbleib im eigenen Haushalt unmöglich machen.

Als letzten Aspekt wies SkE Klippel darauf hin, dass es auch wesentlich auf die Bereitschaft des Rhein-Sieg-Kreises ankomme, Projekte verschiedener Träger zur Verbesserung der Lebenssituation hilfebedürftiger Menschen finanziell zu unterstützen.

KVD Liermann wies darauf hin, dass der Case-Manager keine Konkurrenz für den MDK darstellen solle, was schon aus dem Stellenprofil erkennbar sei. Ihm obliege nicht die Feststellung des Grades der Pflegebedürftigkeit sondern seine Aufgabe sei es, Art und Umfang des Hilfebedarfs an Pflege- und sonstigen Unterstützungsleistungen zu ermitteln. Zudem solle der Case-Manager u.a. Strukturen schaffen und Netzwerke aufbauen, um den zu Beratenden effektiv helfen zu können. Er unterstütze die Anregung von Abg. Küpper, dass es sinnvoll sei, die Pflege- bzw. Krankenkassen einzubeziehen. Dies sei geplant.

Nachdem SkB Bienentreu die Unterstützung ihrer Fraktion für das Konzept dargelegt hatte, stellte die Vorsitzende als nächstes das Einvernehmen aller Fraktionen darüber fest, dass die Verwaltung sich mit einem Brief an die MdL und MdB wenden solle, um auf die Probleme, die die Schaffung der Pflegestützpunkte aufwerfen werde und die kommunale Kompetenz auf diesem Gebiet hinzuweisen.

Sodann fasste der Ausschuss folgenden Beschluss: